

Ein Tarifvertrag für alle

ALLGEMEINVERBINDLICHKEITSERKLÄRUNG – Zunehmende Tariffucht und Dumpinglöhne haben eine alte Debatte entfacht. Sollen Tarifverträge wieder automatisch für alle gelten?



Thalia-Beschäftigte wollen einen für alle

Die Diskussion ist nicht neu in der Gewerkschaftsbewegung: Sollen Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden und dann wie ein Gesetz für alle Unternehmen und Beschäftigte der jeweiligen Branche verbindlich gelten oder nicht?

Die Bedenken, dass Beschäftigte den Tarifvertrag als selbstverständlich empfinden und ohne Engagement und Gewerkschaftsmitgliedschaft tarifliche Leistungen wie Tarifierhöhungen oder Urlaubs- und Weihnachtsgeld automatisch „mitnehmen“, sitzen tief. Ein allgemeiner Rückgang der gewerkschaftlichen Kampfkraft wäre also eine mögliche Folge.

Auf der anderen Seite gibt es das Problem der „Trittbrettfahrer“ auch in Unternehmen, in denen es bereits einen Tarifvertrag gibt. Das Hauptargument für mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge überschattet ohnehin die gesamte Diskussion: Die zunehmende Tariffucht, mit der sich Unternehmen höhere Gewinne und Wettbewerbsvorteile auf dem Rücken der Beschäftigten versprechen. Sie setzt ganze Branchen beim Thema Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck und sorgt bei vielen Beschäftigten für untertarifliche Bezahlung – ganz zu schweigen von den Spätfolgen wie niedrige Renten und die

Gefahr der Altersarmut. Laut *Hans-Böckler-Stiftung* gilt mittlerweile überhaupt nur noch für 56 Prozent der Beschäftigten in Deutschland ein Tarifvertrag.

Im Einzelhandel, der größten Dienstleistungsbranche in Deutschland, sind es sogar nur noch 30 Prozent der Beschäftigten, die mit einem Tarifvertrag arbeiten. Das hat beispielsweise zur Folge, dass eine Vollzeitkraft im Verkauf bei einem tarifgebundenen Unternehmen wie *Galeria Kaufhof* in der Mönckebergstraße, 37,5 Stunden die Woche mit entsprechendem Tarifgehalt arbeitet, während ihre Kollegin nebenan bei *Peek & Cloppenburg* für die gleiche Tätigkeit weniger Geld bekommt und mehr Stunden arbeiten muss.

Um diese und weitere Ungerechtigkeiten zu beseitigen, möchte der ver.di-Fachbereich Handel die Flächentarifverträge im Einzel- und Versandhandel in Hamburg und darüber hinaus bundesweit wieder für allgemeinverbindlich erklären lassen. Bis ins Jahr 2000 war dies jahrzehntelang der Fall. Zu diesem Schritt muss es aber Einigkeit mit dem Arbeitgeberverband und ein öffentliches Interesse geben. Anschließend kann die sogenannte Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) auf Landes- oder Bundesebene bei dem jeweiligen Ministerium beantragt werden.

Doch die Arbeitgeber im Einzelhandel sträuben sich bisher stark gegen die AVE. Da die Gewerkschaft die Entscheidung über eine Allgemeinverbindlichkeit ihrer Tarifverträge nicht eigenständig treffen

kann, müssen die Arbeitgeber und auch die Politik mit im Boot sein.

Mit der Kampagne „Einer für alle“ versucht ver.di seit einiger Zeit, Druck aufzubauen, um möglichst viele Arbeitgeber und die Politik zu überzeugen, diesen wichtigen Schritt gegen Tariffucht und Dumpinglöhne im Handel doch noch mitzugehen.

Wie es gehen kann

Dass eine AVE sinnvoll ist und gut funktionieren kann, zeigt das Hamburger Wach- und Sicherheitsgewerbe. Rund 40 Prozent der 10.000 Sicherheitsbeschäftigten waren bisher in tariflosen Unternehmen tätig. Auch da gab es Lohndumping und Bezahlung „unter Tarif“. Sogar das Bundesinnenministerium schrieb im Vorfeld des G20 Gipfels einen Auftrag aus, in dem den Anbietern die Unterschreitung des Tarifvertrages um bis zu fünf Prozent ermöglicht wurde. Damit ist jetzt Schluss. Rückwirkend zum 1. Januar des Jahres haben ver.di und der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) bei der Freien- und Hansestadt Hamburg die AVE für den Lohntarifvertrag beantragt. Dem Antrag wurde stattgegeben, der Tariflohn gilt nun für alle. Ein Beispiel, das gerade in Branchen mit hoher Tariffucht Schule machen sollte.

Mehr zur Kampagne „Einer für alle“ unter: www.handel.verdi.de



Christopher Streetday (CSD)

REGENBOGENFAHNE HISSEN – FREITAG, 28. JULI, UM 15 UHR: Vor dem Hamburger Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Mike Hörster, DGB Hamburg, wird das Großwort sprechen.

QU(E)ER. SPRECHEN. – Ist Sprechen über Gender immer ein Ver-Sprechen? Ein Vortrag von Dr. Miriam Reinhard mit anschließender Diskussion. Eine Veranstaltung von ver.di-Regenbogen – AK LSBTI Hamburg. Sie ist offen für alle Menschen. Am **2. AUGUST, 17 BIS 19 UHR**, Pride House (CVJM Haus), An der Alster 40, 20099 Hamburg, Seminarraum unten.

HOMO UND ISLAM – GEHT DAS ZUSAMMEN? – Eine Veranstaltung von ver.di-Regenbogen – AK LSBTI Hamburg und DGB Hamburg. Sie ist offen für alle Menschen. Wo? Pride House (CVJM Haus), An der Alster 40, 20099 Hamburg, großer Saal, am **DIENSTAG, 1. AUGUST, VON 16 BIS 18 UHR**.

Klönssnack

Der Klönssnack ist ein ver.di-Mitgliedertreffen. Hier wollen wir offen über unsere Anliegen, unsere betrieblichen und/oder gewerkschaftlichen Themen sprechen und uns vernetzen: **MITTWOCH, 13. SEPTEMBER, VON 17 BIS 19 UHR**. Raum: Altona (908), Ebene 9 – West Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60.

Kapitalismus – The Best?

Bildungsurlaub für Vertrauensleute, Betriebsgruppenmitglieder, gesetzliche Interessenvertretungen, Interessierte: **18. BIS 22. SEPTEMBER**. Ort: KAFFEEWELT, Böckmannstr. 5, 20099 Hamburg. Anmeldung: bildung.info-verdi.de

Natur und Kultur

NDR FERNSEHSTUDIO, LOKSTEDT – Rundgang mit Führung, fotografieren erlaubt, **7. AUGUST, 13 UHR 45**, keine Kosten.

„STADT-UND INSELFÜHRUNG“ BARMSTEDT – 300 Jahre alte Kirche, alte Wassermühle, Kunstgalerie, Gefängniscafé, gut zu Fuß: **15. AUGUST, 9 UHR 45**, bitte Kosten € 10 / 11 überweisen.

NATUR UND KULTUR – Spaziergänge mit Informationen zu Sehenswürdigkeiten oder Wissenswertem am Rande, keine Kosten:

DONNERSTAG 20. JULI, 10 UHR 45, Sachsenwald,

DONNERSTAG 24. AUGUST, 10 UHR, Schwarze Berge,

DONNERSTAG 28. SEPTEMBER, 10 UHR 45, Bredenbeker Teich.

TECHNISCHE HILFEN IM ALLTAG – Vorführung und Erklärung: **DONNERSTAG 17. AUGUST, 10 BIS 15 UHR**, keine Kosten.

GORCH FOCK? RENOVIERUNG FERTIG! – Finkenwerder Heimatmuseum, Rundgang, **DIENSTAG 5. SEPTEMBER, 10 UHR 30**, Kosten 5 / 6 € bitte überweisen (ohne Gorch Fock).

LAUENBURG STADTFÜHRUNG – Tagesausflug, **DONNERSTAG, 14. SEPTEMBER, 9 UHR 20**, Kosten 12 / 14 € bitte überweisen. Wichtig: feste Schuhe und gut zu Fuß.

Das Thema Rente ist ihnen wichtig

AKTIONSWOCHE – Auch in Hamburg zeigte ver.di Flagge gegen niedrige Renten durch geringe Einkommen und Absenkung des Rentenniveaus. Am Berliner Tor gab es eine große Verteilaktion - und starkes Interesse der Bürgerinnen und Bürger



Da greifen die Hamburgerinnen und Hamburger zu: Über 3.500 Exemplare der „ver.di publik Extra Rente“ wurden am Berliner Tor verteilt

Früh morgens am Berliner Tor, einem der Hamburger Knotenpunkte. Tausende Beschäftigte, Studierende und Passantinnen und Passanten durchqueren den Bahnhof. Es ist Ende Juni und ver.di-Aktionswoche. Überall in Deutschland wird mit betrieblichen und öffentlichen Aktionen unter dem Motto „Gute Löhne, gute Rente“ mehr soziale Gerechtigkeit gefordert. Um dieses Ziel zu unterstützen, sind die Landesleitung von ver.di Hamburg sowie haupt- und ehrenamtliche ver.di-Mitglieder an diesem Morgen zum Zeitungsverteilen unterwegs. Mit einer Extra-Ausgabe

der *ver.di publik* zum Thema Rente, sollen die Hamburgerinnen und Hamburger über die zunehmende Altersarmut informiert werden. Mit dieser und weiteren Aktionen soll der Druck auf die Politik erhöht werden, wieder für ausreichende Renten zu sorgen.

Fast 50 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland erhalten zurzeit weniger als 2.500 Euro brutto im Monat. Hätten wir heute schon ein Rentenniveau von nur 43 Prozent, das bis 2030 gesetzlich zulässig ist, würde jemand mit 2.500 Euro brutto nach 40 Beitragsjahren 809,90 Euro

Rente bekommen. Das wäre Altersarmut pur, nach 40 Beitragsjahren. Von in Teilzeit und geringfügig Beschäftigten oder Beschäftigten mit weniger Beitragsjahren ganz zu schweigen. Gerade für Frauen mit Erziehungszeit ist das Hartz-IV-Niveau im Alter oft programmiert.

Um dem entgegenzuwirken, fordert ver.di im Vorfeld der Bundestagswahl eine Stabilisierung des jetzigen Rentenniveaus von 48 Prozent und eine schrittweise Erhöhung auf etwa 50 Prozent. Ein Blick nach Österreich kann helfen. Durch den Ausbau der gesetzlichen Rente liegen

dort die Renten schon heute um durchschnittlich 500 Euro höher als bei uns. Es fehlt also am politischen Willen. Zusätzlich zur Stärkung der gesetzlichen Rente bleibt für ver.di die Stärkung der Tariflandschaft wichtig. Denn nur auskömmliche Löhne führen langfristig auch zu auskömmlichen Renten.

Am Berliner Tor war es den Hamburgerinnen und Hamburgern jedenfalls anzumerken, dass ihnen die Themen Altersarmut und Rente wichtig sind. Es wurden über 3.500 Exemplare der *ver.di publik*-Extra-Ausgabe verteilt.

Schneller und einfacher ans Ziel. Mit diesem QR-Code zur Internetseite von ver.di-Hamburg